

«Das Schweizer Gesundheitswesen braucht 200 000 neue Arbeitskräfte»

Die Zürcher Stiftung Careum hält die bisherigen Szenarien des Bundes für zu optimistisch

Die Stiftung Careum und das Gesundheitsobservatorium schlagen Alarm: Der Bedarf an Gesundheitspersonal werde deutlich stärker wachsen als bisher angenommen, halten sie gestützt auf eine neue Studie fest. Die Schweiz bilde viel zu wenig Gesundheitsfachleute aus.

bto. Von einem Mangel an Pflegepersonal reden Fachleute schon lange. Ernsthafte Besorgnis löste im Februar dieses Jahres ein Bericht des Schweizer Gesundheitsobservatoriums aus, der vorrechnete, dass das Land bis im Jahr 2020 rund 85 000 neue Gesundheitsfachleute braucht – viel mehr, als es ausbildet. Selbst diese Prognose sei zu tief, halten jetzt das Gesundheitsobservatorium und die private Zürcher Stiftung Careum fest. Sie stützen sich dabei auf eine neue Untersuchung, die Vertreter von Careum am Mittwoch in Zürich vorgestellt haben. Ihre darauf basierende These lautet: Spitäler, Heime und Spitex müssen bis 2030 so viel neues Personal rekrutieren, wie sie zurzeit beschäftigen – gegen 200 000 Personen.

Personal in Heimen älter als in Spitälern

Wie hoch der zusätzliche Bedarf tatsächlich sein wird, ist allerdings umstritten, das hat auch eine Diskussionsveranstaltung zum Thema am Mittwochabend an der Universität Zürich gezeigt. Gleichwohl verdienen die von Careum veröffentlichten Zahlen Beachtung. Anders als bisherige Berichte zur Lage auf dem Pflegemarkt berücksichtigen sie auch Besonderheiten des Gesundheitswesens.

Anerkannt ist, dass die Überalterung der Bevölkerung zu einem Mehrbedarf an Pflegeleistung und damit -personal führt. Dazu kommt jetzt die neue Feststellung, dass die verschiedenen Altersgruppen des Personals ungleich über die Bereiche der Pflege verteilt sind. Grob gesagt ist das Personal in den Spitälern jung, das in Pflegeheimen und Spitex-Betrieben vergleichsweise alt. Das hat Folgen: Während bis 2030 knapp 40 Prozent des heutigen Spitalpersonals pensioniert werden, sind es in Heimen und Spitex 60 Prozent.

Ausgerechnet in den Heimen und in der ambulanten Pflege nimmt die Arbeit aber massig stark zu. Zusammengefasst bedeutet das, dass fast 90 Prozent der zusätzlich benötigten Fachkräfte für Einrichtungen der Langzeitpflege



Patienten brauchen Zuneigung, auch vom Personal.

CHRISTOPH RUCKSTUHL

gewonnen werden müssen. Deren Anziehungskraft auf dem Arbeitsmarkt ist erfahrungsgemäss aber geringer als diejenige beispielsweise der Spitäler. Dazu kommt, dass auch andere Branchen um Berufsleute buhlen, und das in einer aktiven Bevölkerung, die nicht wächst.

Laut Beat Sottas, Stiftungsrat von Careum, ist bisher auch zu wenig beachtet worden, dass die Teilzeitarbeit in der Pflege stärker verbreitet ist

als in anderen Berufen. Verschärfend wirke sich weiter aus, dass die Pflegenden, verglichen mit Beschäftigten in anderen Branchen, auch wesentlich kürzer im Beruf blieben. Das hätten das Gesundheitsobservatorium und Careum in ihre Berechnungen einbezogen. Beides akzentuiere den Mangel an Pflegepersonal deutlich. Diesem Bedarf an Pflegepersonal ist die Ausbildungskapazität der Schweiz gegenüberzustellen. Zurzeit bil-

det die Schweiz pro Jahr rund 3300 Fachleute aus (600 Fachangestellte Gesundheit, 1500 in höheren Fachschulen Pflege, 500 in Berufsschulen für Pflege, 700 Mediziner). Hochgerechnet auf 20 Jahre, sind das 66 000 Personen, was lediglich einem Drittel des von Careum angenommenen Bedarfs entspricht.

Dazu kommt, dass sich die Schulen im ganzen Land schwer damit tun, ihre Ausbildungsplätze zu füllen. Im Kanton Zürich müssten, damit der eigene Bedarf gedeckt wäre, pro Jahr gegen 600 junge Frauen und Männer in eine Pflege-Grundausbildung einsteigen. Tatsächlich sind in den beiden Zürcher Schulen, dem Careum in Zürich und dem Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe in Winterthur, nur rund 400 Ausbildungsplätze besetzt. Hoffnung auf Besserung macht man sich in den Schulen jetzt aber, weil die Verantwortung für die Rekrutierung bald vom kantonalen Berufsbildungsamt an die Schulen übergeht.

Bund hofft auf Gesundheitsförderung

An der genannten Diskussionsveranstaltung, organisiert von der universitären Vereinigung der Swiss Public Schools of Health, nahmen auch Vertreter der Bundesbehörden zu den neusten Prognosen zum Pflegepersonalmangel Stellung. Die Zahlen seien nicht grundsätzlich neu, hiess es da. Gleichwohl müsse man sie ernst nehmen. Das Problem sei insgesamt wenig bekannt. Corina Wirth vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung sagte, das Amt mache Druck auf die Universitäten, damit diese die Zahl der Ausbildungsplätze für Mediziner um 10 oder gar 20 Prozent erhöhten. Das sei immerhin etwas. Auch Stefan Spycher, der stellvertretende Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), anerkannte den drohenden Mangel. Er skizzierte vier Vorschläge zur Besserung. Das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung müsse gestärkt werden; so falle weniger Pflegearbeit an. Daneben müssten neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Berufen gefunden werden. Auch das BAG wolle dafür sorgen, dass mehr Gesundheitsfachleute ausgebildet würden. Und schliesslich gelte es, «faire Formen» der Immigration, also den Zuzug von Personal aus dem Ausland, zu finden. Gerade in diesem Punkt malt die jüngste Studie aber ein düsteres Bild: Weil andere Staaten viel unternehmen, um ihr Personal zu halten, verliere die Schweiz als Arbeitsort an Anziehungskraft.

Sitzung des Zürcher Gemeinderats

Kalte Abfuhr für eine sehr emotionale Forderung

Der Zürcher Gemeinderat lehnt die Volksinitiative zur Einschränkung der Höhe von Hochhäusern deutlich ab

Mit 112 zu 3 Stimmen hat der Zürcher Gemeinderat am Mittwochabend die Beschränkung von Hochhäusern auf 40 Meter Höhe abgeschmettert. Das letzte Wort haben nun aber die Stimmbürger.

ak. Der gegenwärtige Hochhausboom behagt nicht allen Zürcherinnen und Zürichern. Beim Sammeln der Unterschriften für die Volksinitiative sei das deutlich zum Ausdruck gekommen, sagte Ueli Brasser (sd.). Die Schweizer Demokraten wollen verhindern, dass die Hochhäuser das Bild Zürichs verschandeln. «Gross- und Frau-

münster sollen die Stadt nach wie vor prägen», sagte Brasser. Es gebe zwar im kantonalen Recht die Bestimmung, dass Hochhäuser ortsbaulich einen Gewinn darstellen müssten. Was das bedeute, werde aber auch von Architekten ausgelegt, «die dazu neigen, sich Denkmäler zu setzen». Die Initiative will nur noch Gebäude von maximal 40 Metern Höhe zulassen – und das auch nur in jenen Zonen, in denen auch sonst 20 Meter hohe Gebäude erlaubt wären. Die Initiative sei ein wichtiger Beitrag dazu, dass Zürich nicht zu einer «08/15-Grossstadt» verkomme, sagte Brasser.

Vertrauen aufs Hochhausleitbild

Der Rest des Rats war – mit einer kleinen Ausnahme – völlig anderer Meinung: Schon heute müssten Hochhäuser hohen Anforderungen genügen, sagte Mirella Wepf (sp.). Sie müssten besonders gut gestaltet sein, dürften nicht zu einer höheren Ausnutzung führen und die Nachbarschaft nicht über Gebühr beeinträchtigen. Zudem sei das neue Hochhausleitbild der Stadt erst vor vier Jahren in Kraft gesetzt worden. Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, dürfe man jetzt nicht schon wieder alles ändern. Ohne eine einzige Gegenstimme hatte der Gemeinderat einst dieses Leitbild beschlossen, das genau regelt, wo in der Stadt wie hoch gebaut werden darf. Ideale Standorte sind die Entwicklungsgebiete in Zürich-West und -Nord. Nicht erlaubt sind Hochhäuser am Seeufer, auf dem Milchbuck oder in der Altstadt.

Die FDP sprach sich ebenfalls gegen die «sehr problematische Initiative» aus, die einen starken Eingriff in die Bauordnung verlangt und die Rechtssicherheit in Frage stellt, wie Michael Baumer sagte. Die Initiative erreiche zudem nicht, was sie anstrebe. Auch wenn sie vom Volk angenommen werden sollte, könnten über 40 Meter hohe Türme mit Sonderbauvor-

schriften oder Gestaltungsplänen errichtet werden. Das erlaube das kantonale Recht.

Die Alternative Liste (AL) bekundete überraschenderweise grosse Sympathien für die Initiative. Die Schweizer Demokraten hätten damit einen Nerv bei breiten Bevölkerungsschichten getroffen, sagte Alecs Recher. Es handle sich um ein sehr emotionales Thema, was die gegenwärtige Diskussion um die geplante Aufstockung des Swissmill-Silos im Kreis 5 deutlich zeige. Das Problem an der Initiative sei allerdings, dass sie «nicht sehr glücklich formuliert» sei und eben Ausnahmen erlaube. Die AL lancierte deshalb einen Gegenvorschlag, der verlangte, Bauten über 40 Meter Höhe einer Gestaltungsplanpflicht zu unterstellen. Über Gestaltungspläne entscheidet der Gemeinderat und – wegen der Möglichkeit des

Referendums – allenfalls auch das Volk. Damit käme es zwar nicht zu einem Verbot von Bauten, die höher als 40 Meter sind; immerhin aber sei die Mitsprache gewährleistet, sagte Alecs Recher.

Bei BZO 99 «überkompensiert»?

Niklaus Scherr fand, bei der Neufestsetzung der Bau- und Zonenordnung (BZO) 99 sei überhaupt zu viel geklotzt worden – bei Arealüberbauungen ebenso wie bei Hochhäusern. Dies sei wohl eine Überkompensation zur einschränkenden «BZO Koch» von 1992 gewesen. Über die sehr hohe Dichte, zum Beispiel beim Stadtraum HB, werde man in ein paar Jahren noch staunen. Der Gegenvorschlag wurde mit 113 zu 3 (al.), die Initiative mit 112 zu 3 Stimmen (sd.) abgelehnt.

Weiterer Bericht aus dem Gemeinderat Seite 43

INHALT

Internationales Sportzentrum geplant

Im Winterthurer Sportpark Deutweg soll ein internationales Zentrum für Leistungs- und Breitensport entstehen. 44

Neue Heimat für Merlot und Zweigelt

Die Weinkellerei und -handlung Landolt baut an ihrem Paradehang Burghalde in Zürich Riesbach neuerdings auch Zweigelt und Merlot an. 44

ETH-Preis an Appenzeller Mittelschüler



MATHIAS WÄCKERLIN

Den von der ETH erstmals ausgeschriebenen Forschungswettbewerb für Mittelschüler haben Gymnasiasten aus Appenzell gewonnen. 44

Alte Filme neu musikalisch begleitet

Am Stummfilmfestival im Zürcher Filmpodium spielt der Dialog zwischen Bildern und Musikern eine zentrale Rolle. Zürcher Kultur 45



Wie sich Zürich-West verändern wird, zeigen die weissen Hochhausprojekte auf dem Stadtmodell (Blick Richtung Innenstadt). Vorn in der Mitte das Hardturm-Hochhaus, rechts der Prime-Tower, links u. a. der Swissmill-Silo. CHRISTOPH RUCKSTUHL